



## MANAGER-MÄRCHEN UND UNTERNEHMER-LÜGEN

ARGUMENTE FÜR EINE GERECHTE VERTEILUNGSPOLITIK NR. 2

# INHALTSVERZEICHNIS

Manager-Märchen und Unternehmer-Lügen	S. 3
Die wirtschaftspolitischen Leitlinien von Stoiber & Co. – Griff in die Mottenkiste	S. 6
Verteilung des gesellschaftlichen Einkommens	S. 11
Weniger Unternehmenssteuern = Mehr Arbeitsplätze?	S. 15
Verteilung der Steuerlast in Deutschland	S. 19
Steuerbelastung der deutschen Unternehmen im internationalen Vergleich	S. 21
Vorschlag für eine Reform der Unternehmensbesteuerung	S. 22
Glossar	S. 24

## IMPRESSUM

Manager-Märchen und Unternehmer-Lügen. Argumente für eine gerechte Verteilungspolitik (Nr. 2).

Hrsg: Jusos in der SPD - Landesverband Bayern,  
Oberanger 38 III, 80331 München

Text: Thomas Goger, Florian Pronold, Holger Reise

Gestaltung: Grafik Büro Gegensatz, Regensburg

Illustrationen: Wolfgang Bauer, Regensburg

Druck: Kartenhaus Kollektiv, Regensburg

2. überarbeitete Auflage: 4.000 Stück, Mai 2002

Aktuelle Infos, Musteranträge und weitere Argumentationshilfen zur Verteilungspolitik gibt's bei:

Jusos in der SPD - Landesverband Bayern, Oberanger 38 III, 80331 München,  
Tel.: 0 89 / 23 17 11 - 37, Fax: 0 89 / 23 17 11 - 39

E-Mail: buero@jusos-bayern.de, Internet unter: <http://www.jusos-bayern.de>

Grafik-Nachweis:

Hintergrundgrafik: Tausend-DM-Geldschein mit dem Motiv der Gebrüder Grimm. Die Postkarte auf der Rückseite wurde von der SPD im Bundestagswahlkampf 1998 als Werbematerial eingesetzt. Die Schaubilder auf Seite 8 und auf Seite 19 haben wir mit freundlicher Genehmigung aus Publikationen des isw - Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V., J.-v.-Werth-Str. 3, 80639 München entnommen.

# MANAGER-MÄRCHEN UND UNTERNEHMER-LÜGEN



1998 haben die Menschen in Deutschland Kohl & Konsorten abgewählt. Zurecht, denn deren Bilanz war eindeutig: Die Konservativen hatten die Steuerlast der Kapitalbesitzer und Unternehmen extrem vermindert. Während CDU/CSU die reale Unternehmensgewinnbesteuerung von 30 auf unter 15 Prozent halbiert hatten, haben sich die Arbeitslosenzahlen auf 4,8 Millionen mehr als verdoppelt.

Die Legitimation für diese Interessenspolitik war die Behauptung, dass höhere Unternehmensgewinne zu neuen Arbeitsplätzen führen würden.

Tatsächliches Ergebnis des konservativen wirtschaftspolitischen Credos war und ist: Mehr arme Menschen in Deutschland als je zuvor, aber auch enorme Gewinne der Unternehmen. Deutschland ist zum Lohn- und Mehrwertsteuerstaat verkommen. Die Arbeitnehmer finanzieren den Staatshaushalt, die Unternehmen entziehen sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung.

In der öffentlichen Debatte ist die jahrelange Umverteilung zugunsten der Unternehmen und Kapitalbesitzer kaum präsent. Unternehmerlügen und Managermärchen über Steuerlast und Gewinnentwicklung prägen Medienberichte, ebenso wie Schulbücher.

Die neoliberalen Ideologen bestimmen den öffentlichen Diskurs. So wird verschleiert, dass sich die Eigentümer der Produktionsmittel aufgrund ihrer gesellschaftlichen Machtposition etwas aneignen,

## MANAGER-MÄRCHEN UND UNTERNEHMER-LÜGEN



was sie nicht erzeugt haben und mehr noch, dass sie sich eines großen Teils des produzierten Reichtums bemächtigen, ohne diesen für arbeitsplatzschaffende Investitionen zu verwenden.

Die SPD-geführte Regierung hat in den letzten vier Jahren einige richtige Schritte unternommen. Zum ersten Mal gab es eine Steuerreform, die die unteren und mittleren Einkommen spürbar entlastet.

Doch im Kern hat sich auch diese Regierung nicht getraut, eine grundlegend andere Wirtschafts- und Steuerpolitik durchzusetzen. Gerade diese ist aber die Grundvoraussetzung für mehr soziale Gerechtigkeit. Genau dies erwarteten und erwarten viele Menschen von der Politik der SPD.

Die bayerischen Jusos wollen den Kampf um die Köpfe führen, die Vorherrschaft der Kapitalmacht im Alltagsbewusstsein vieler Menschen angreifen. Wir wollen Fakten gegen Vorurteile setzen.

Kurz und knapp wollen wir die gängigsten Märchen und Lügen in der wirtschafts- und steuerpolitischen Debatte aufzeigen und widerlegen. Das ist die Grundlage für eine andere, für eine bessere, für eine gerechtere Politik.

Eine gerechte Steuerpolitik muss sich an der „steuerlichen Leistungsfähigkeit“ orientieren und die Realität hinsichtlich Gewinnentwicklung und Steuerlast endlich zur Kenntnis nehmen.

Deshalb gilt: Unternehmen und Kapitalbesitzer müssen wieder stärker zur Kasse gebeten werden. Die Wirtschaft muss den Menschen dienen, nicht umgekehrt. Insbesondere die Sozialdemokratie muss sich wieder trauen, das auch laut zu sagen. Veränderungen beginnen mit dem Aussprechen dessen, was ist. Und auch Regierungshandeln kann verändert werden.

Diese Broschüre erscheint in der zweiten, aktualisierten Auflage. Insbesondere dem stellvertretenden Juso-Landesvorsitzenden Thomas Goger gebührt für seine umfangreichen Arbeiten ein großer Dank.

Aktuelle Daten, Fakten, Analysen und Argumente finden sich zudem immer auf unserer Homepage [www.jusos-bayern.de](http://www.jusos-bayern.de).

Florian Pronold  
Vorsitzender der bayerischen  
JungsozialistInnen in der SPD





## DIE WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN LEITLINIEN VON STOIBER & Co. – GRIFF IN DIE MOTTENKISTE

Einfach klingende Lösungen sind nicht immer die besten. Trotzdem fallen viele PolitikerInnen leichtfertig ins Klagegeschrei der Unternehmer ein und unterbieten sich mit Forderungen nach einer geringen Unternehmensbesteuerung. Begründet wird die Forderung meist mit der Behauptung, nur so lasse sich die Arbeitslosigkeit endlich erfolgreich bekämpfen. Auch die Unternehmenssteuerreform 2001 der rot-grünen Bundesregierung folgte weitgehend dieser Logik.

Auf den ersten Blick ist alles bestechend einfach: Niedrigerer Steuersätze bedeuten höhere Gewinne der Unternehmer. Diese („guten“) Unternehmer würden die erzielten Gewinne jedoch nicht in die eigene Tasche (oder die ihrer Anteilseigner) stecken, sondern mit den Gewinnen neue Investitionen tätigen.

Neue Investitionen bedeuten gleichzeitig mehr Arbeitsplätze und damit einen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Gewinne - Investitionen - Arbeitsplätze oder „Wenn’s der Wirtschaft gut geht, geht’s uns allen gut“, so lässt sich das Credo der Wirtschaftspolitik à la Kohl und Stoiber zusammenfassen.

Höchste Zeit also, dieses Glaubensbekenntnis, das sich aus den Theorien des „Neoliberalismus“ und der „Neoklassik“ herleitet, einer kritischen Prüfung zu unterziehen.

In den letzten beiden Jahrzehnten hat die Politik die Unternehmen gewaltig entlastet: Steuersätze wurden gesenkt, Steuerschlupflöcher geöffnet, Abschreibungsmöglichkeiten erweitert, die Finanzierung des Staates und der sozialen Sicherungssysteme weitgehend auf die ArbeitnehmerInnen abgewälzt. Die effektive Steuerlast der Kapitalgesellschaften<sup>1</sup> in den alten Bundesländern betrug 2001 nicht einmal mehr 4%. Die Körperschaftsteuer ist in Folge der Eichel-schen Unternehmenssteuerreform als Einnahmequelle fast total versiegt.

Eigentlich müssten sich auch die versprochenen Ergebnisse - nämlich vor allem ein deutlicher Rückgang der Arbeitslosigkeit - eingestellt haben. Schließlich haben Kohl & Konsorten 16 Jahre diese „angebotsorientierte“ Wirtschaftspolitik betrieben und auch Gerhard Schröder ist mit seiner Politik diesen Grundannahmen treu geblieben.

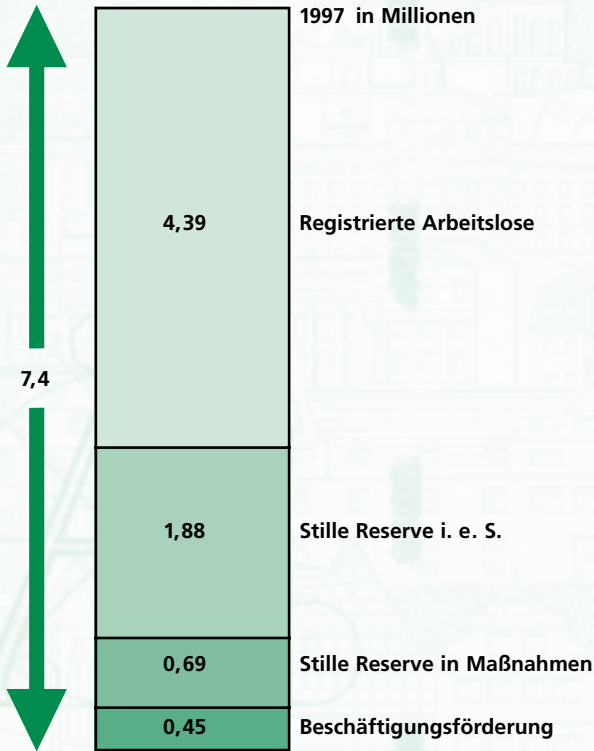
Es bedarf keines Volkswirtschaftsstudiums, um den Wahrheitsgehalt der Theorie an Hand der Realität zu überprüfen: Arbeitsplätze in Deutschland wurden abgebaut, die Massenarbeitslosigkeit hat unter Helmut Kohl einen Rekordhöchststand erreicht.

Auch der sozialdemokratischen Bundesregierung ist es nicht gelungen, wirklich nachhaltig Beschäftigung in Deutschland zu schaffen. Zwar sind 2001 über eine Million Menschen mehr in Beschäftigungsverhältnissen als noch 1998. Dennoch sind nach wie vor über vier Millionen Menschen offiziell von Arbeitslosigkeit betroffen.

<sup>1</sup> in der Definition des Statistischen Bundesamtes AG, GmbH, KGaA, KG, OHG

Die „stillen Reserven“ eingerechnet liegt die tatsächliche Arbeitslosigkeit sogar bei 7,4 Millionen Menschen.

## Die "wahre" Arbeitslosigkeit



Quelle: IAB

isw-grafik mz

Allein zwischen 1991 und 1996 ging die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland von 36,51 Mio. auf 34,46 Mio. zurück. Dies entspricht einer Vernichtung von über zwei Millionen Arbeitsplätzen!

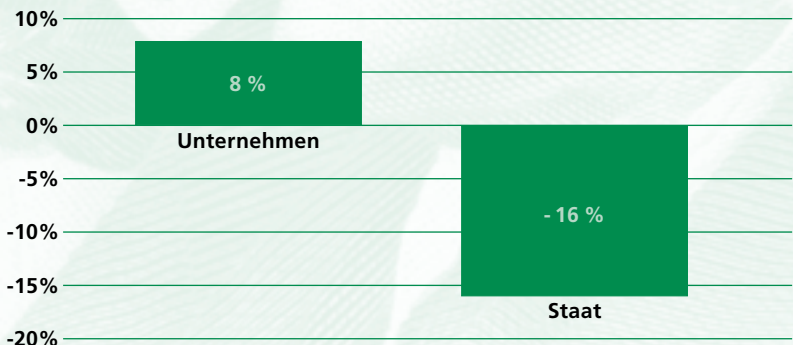
Zusätzlich bescherte uns die Politik der Vorgängerregierung, die zu massiven Einnahmeausfällen bei den öffentlichen Haushalten führte und zu der Edmud

Stoiber zurückkehren möchte, eine Staatsverschuldung bislang unbekanntes Ausmaßes. Jede vierte Mark, die vom Bund eingenommen wird, geht mittlerweile in die Zinszahlung. Dies bedeutet eine zusätzliche Umverteilung von „unten“ nach „oben“. Die Staatsverschuldung belastet nicht – wie so oft behauptet – alle BürgerInnen in gleicher Weise. Von den Zinszahlungen des Bundes profitieren nahezu ausschließlich die Besitzer großer Vermögen, die es sich leisten können, ihr Geld z.B. in Form von Bundesanleihen an den Staat zu verleihen.

Durch Kürzung der sozialen Leistungen und Einsparungen bei Staatskonsum und -investitionen kann diese Ungerechtigkeit nicht beseitigt werden. Zum Abbau der Staatsverschuldung darf nicht nur die Ausgabenseite ins Visier genommen werden. Aus der Krise können wir nur „herauswachsen“; kaputtsparen ist der falsche Weg.

## Unternehmens- und Staatsinvestitionen 1992 - 2001

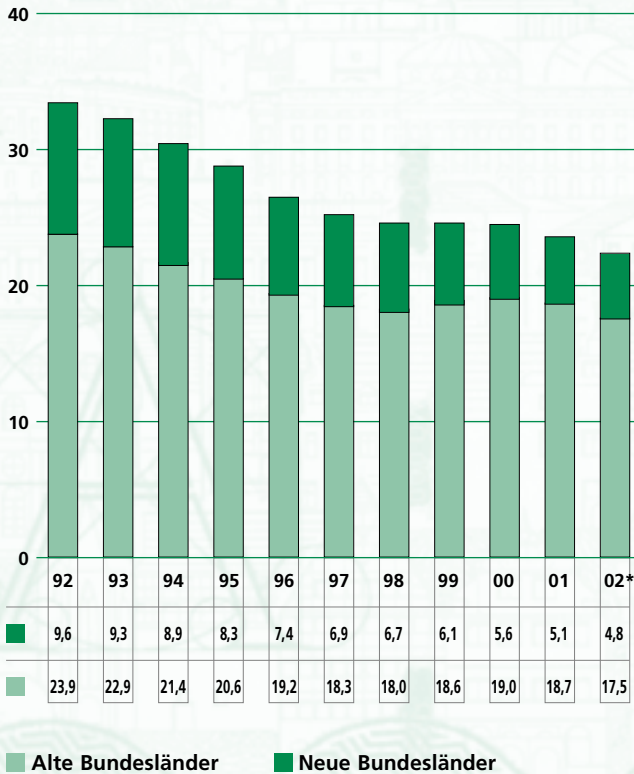
Ausrüstungs- und Bauinvestitionen in Preisen von 1995; Veränderung 1992-2001



Quelle: Statistisches Bundesamt (in isw-wirtschaftsinfo Nr. 33)

Bereits heute haben die Staatsinvestitionen einen historischen Tiefstand erreicht.

## Einbruch bei den kommunalen Investitionen *Sachinvestitionen in Mrd. EUR*



Quelle: Deutscher Städtetag (in isw-wirtschaftsinfo Nr. 33)

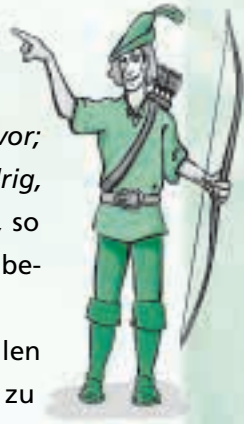
\*) Prognose

Der Staat muss aktiv für Beschäftigung sorgen!  
 Dafür braucht er nicht weniger, sondern mehr Geld.  
 Intelligenter Schuldenabbau bedeutet auch, durch eine effektive und leistungsgerechte Besteuerung der Unternehmensgewinne die Einnahmeseite des Staates zu verbessern.

# VERTEILUNG DES GESELLSCHAFTLICHEN EINKOMMENS IN DEUTSCHLAND

*„Den Unternehmen geht es so schlecht, wie nie zuvor; Die Löhne sind zu hoch, die Gewinne sind so niedrig, dass keiner mehr in Deutschland investieren will“,* so oder so ähnlich lautet die Propaganda der Kapitalbesitzer.

Sie werden nicht müde, diese Behauptungen in allen Formen und Ausprägungen „gebetsmühlenartig“ zu wiederholen.



Glaubt man den Arbeitgeberverbänden, den Unternehmensbossen und den wirtschaftsliberalen Politikern, so hat es in den letzten Jahren eine für die Kapitaleseite negative Verschiebung bei der Verteilung des in Deutschland erwirtschafteten gesellschaftlichen Einkommens (des Volkseinkommens) gegeben. Diese Verschiebung mache es erforderlich jetzt wieder zugunsten der Einkommen aus Unternehmertätigkeit umzuschichten, damit sich unternehmerisches Risiko endlich wieder lohne. Doch das laute Geplärre der Manager hat mit der Realität nichts zu tun.

Das Volkseinkommen hat seit Bestehen der Bundesrepublik eine beachtliche Entwicklung hinter sich. Der Kuchen, der zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern aufgeteilt wird, ist Jahr für Jahr gewachsen. Pro Erwerbstätigen fielen die Steigerungsraten in vielen Jahren (wegen des Rückgangs der Erwerbspersonen) sogar noch höher aus. Dieser Trend hat sich in den letzten Jahren wieder umgekehrt.

## Entwicklung des Volkseinkommens

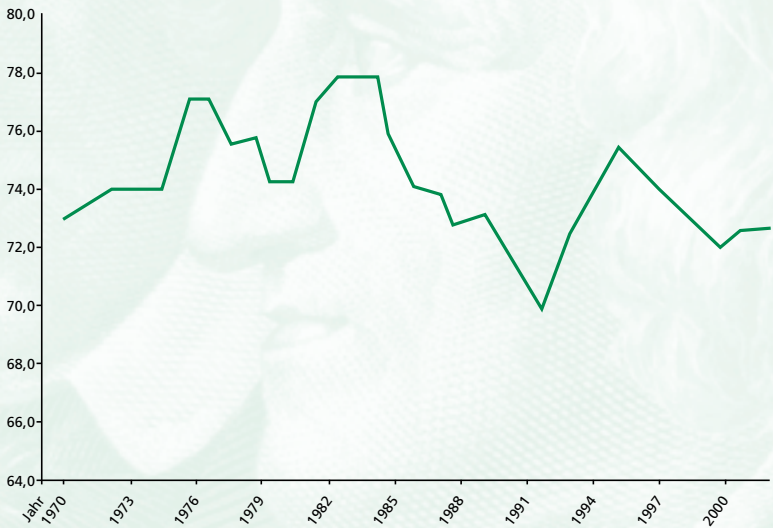
Steigerung in Prozent; bis 1991 Westdeutschland, ab 1992 Deutschland

Jahr	Steigerung	Steigerung je EinwohnerIn	Steigerung je Erwerbstätigen
1965	9,5%	8,3%	9,0%
1970	14,6%	13,5%	13,2%
1971	10,5%	9,4%	10,1%
1972	9,8%	9,0%	9,3%
1973	12,0%	11,4%	10,8%
1974	6,8%	6,7%	8,2%
1975	4,0%	4,4%	6,9%
1976	9,7%	10,2%	10,3%
1977	6,3%	6,6%	6,2%
1978	7,9%	8,0%	7,0%
1979	7,6%	7,6%	5,9%
1980	5,1%	4,9%	3,5%
1981	3,5%	3,4%	3,6%
1982	2,9%	3,0%	4,1%
1983	5,3%	5,6%	6,8%
1984	5,4%	5,8%	5,2%
1985	4,4%	4,7%	3,6%
1986	6,5%	6,4%	5,0%
1987	3,5%	3,4%	2,8%
1988	5,5%	4,9%	4,7%
1989	6,3%	5,2%	4,8%
1990	8,9%	6,8%	6,1%
1991	7,9%	6,6%	6,1%
1992	6,5%	5,7%	8,2%
1993	1,1%	0,3%	2,5%
1994	3,7%	3,4%	3,9%
1995	4,3%	4,0%	4,1%
1996	1,7%	1,4%	2,0%
1997	1,9%	1,7%	2,1%
1998	2,9%	2,9%	1,9%
1999	1,4%	1,3%	0,3%
2000	2,6%	2,5%	1,0%

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung 2001

Der Anteil, den sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an diesem Kuchen Jahr für Jahr abschneiden dürfen, ist in den letzten Jahren fast immer zurückgegangen. Zu sehen ist das an der Lohnquote, also dem Anteil der Löhne- und Gehälter am Volkseinkommen. Betrug die strukturbereinigte Bruttolohnquote, der Anteil der Einkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen, 1981 noch fast 78%, so lag sie 2000 nur noch bei 72,8%. Die Bruttolohnquote ist damit wieder auf einem Wert wie Mitte der 60er-Jahre!

**Entwicklung der strukturbereinigten<sup>1)</sup> Bruttolohnquote** bis 1990 Westdeutschland, ab 1991 Deutschland



<sup>1)</sup> Bereinigt vom Einfluß, der sich aus der Änderung der Beschäftigungsstruktur ergibt. Die Arbeitnehmerquote des Jahres 1991 wird über alle Jahre hinweg konstant gehalten.

Quelle: DGB-Berechnungen nach Angaben des Statistisches Bundesamtes

Entgegen der Unternehmer-Propaganda ist Fakt: Der zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern aufzuteilende Kuchen ist größer geworden. Es wird mehr Reichtum produziert als jemals zuvor! Fakt ist auch,

# VERTEILUNG DES GESELLSCHAFTLICHEN EINKOMMENS

dass die ArbeitnehmerInnen immer weniger von diesem Kuchen abbekommen. Es besteht ein enormer Aufholbedarf bei den Einkommen aus unselbständiger Arbeit. Höhere Löhne sind auch wirtschaftspolitisch sinnvoll, um die Binnennachfrage anzukurbeln und somit mehr Wachstum und Beschäftigung zu erreichen.

<b>Bruttolohnquote</b> bis 1991 Westdeutschland, ab 1991 Deutschland			
JAHR	BRUTTOLOHNQUOTE <sup>1)</sup>		ARBEITNEHMER- QUOTE <sup>2)</sup>
	tatsächlich	bereinigt <sup>2)</sup>	
1950	58,2%	76,2%	68,4
1955	59,7%	72,4%	73,8
1960	60,1%	69,7%	77,2
1965	65,3%	72,2%	80,9
1970	68,0%	73,0%	83,4
1971	69,7%	73,9%	84,4
1972	70,3%	74,0%	85,0
1973	71,4%	74,7%	85,5
1974	73,9%	77,0%	85,9
1975	74,1%	77,1%	86,0
1976	72,9%	75,3%	86,7
1977	73,7%	75,6%	87,2
1978	72,9%	74,5%	87,6
1979	73,3%	74,5%	88,1
1980	75,8%	76,8%	88,3
1981	76,8%	77,8%	88,4
1982	76,9%	77,8%	88,5
1983	74,6%	75,5%	88,4
1984	73,4%	74,2%	88,5
1985	73,0%	73,7%	88,6
1986	72,1%	72,8%	88,7
1987	72,6%	73,1%	88,9
1988	71,5%	71,9%	89,0
1989	70,3%	70,5%	89,2
1990	69,6%	69,7%	89,4
1991	69,6%	69,6%	89,5
1991	72,5%	72,5%	90,7
1992	73,7%	74,0%	90,4
1993	74,7%	75,2%	90,1
1994	73,8%	74,5%	89,8
1995	73,3%	74,1%	89,7
1996	72,8%	73,6%	89,7
1997	71,7%	72,7%	89,5
1998	71,0%	72,1%	89,4
1999	71,8%	72,6%	89,6
2000	72,0%	72,8%	89,7

<sup>1)</sup> Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen  
<sup>2)</sup> Bereinigt vom Einfluß, der sich aus der Änderung der Beschäftigungsstruktur ergibt. Die Arbeitnehmerquote des Jahres 1991 wird über alle Jahre konstant gehalten.  
<sup>3)</sup> Anteil der beschäftigten ArbeitnehmerInnen an den Erwerbstätigen.  
 Quelle: DGB-Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes

# WENIGER UNTERNEHMENSSTEUERN = MEHR ARBEITSPLÄTZE?



Mit gigantischen Steuergeschenken an die Unternehmen hoffte die Regierung Kohl 16 Jahre lang, die Arbeitslosigkeit bekämpfen zu können. Diese Steuererleichterungen sollten zu höheren Gewinnen, einer gesteigerten Investitionstätigkeit und damit zu mehr Arbeitsplätzen führen.

Auch hier gilt aber der Satz von Richard Senett, dass eine Theorie immer das Gewicht der konkreten Erfahrung aushalten muss. Zunächst soll deshalb ein Blick auf die Entwicklung der Brutto- und Nettounternehmensgewinne (der Unternehmen mit Rechtsform AG, GmbH, KGaA, KG und OHG) in Deutschland zwischen 1990 und 2001 geworfen werden.

## Unternehmensgewinne und direkte Steuern der Kapitalgesellschaften

Jahr	Brutto-Unternehmensgewinne		Netto-Unternehmensgewinne		Direkte Steuern	Durchschnittliche Steuerbelastung
	Mrd. EUR	Veränderung (%)	Mrd. EUR	Veränderung (%)	Mrd. EUR	(%)
1991	187,7		165,9		21,8	11,6%
1992	175,9	-6,3%	153,7	-7,4%	22,2	12,6%
1993	166,8	-5,2%	144,1	-6,2%	22,7	13,6%
1994	203,9	22,2%	184,4	28,0%	19,5	9,6%
1995	214,4	5,1%	195,8	6,2%	18,6	8,7
1996	216,6	1,0%	192,3	-1,8%	24,3	11,2%
1997	242,9	12,1%	218,3	13,5%	24,6	10,1%
1998	278,5	14,7%	251,8	15,3%	26,7	9,6%
1999	265,6	-4,6%	235,4	-6,5%	30,2	11,4%
2000	299,8	12,9%	265,1	12,6%	34,7	11,6%
2001	309,4	3,2%	297,1	12,1%	12,3	4,0%

\* „Kapitalgesellschaften“ nach Definition des Stat. Bundesamtes: AG, GmbH, KGaA, OHG, KG;  
Quelle: Statistisches Bundesamt (in isw-wirtschaftsinfo Nr. 33); eigene Berechnungen

Wir erkennen beachtliche Steigerungsraten, die bei den Nettogewinnen in mehreren Jahren deutlich über 10% lagen. Rekord war das Jahr 1994, in dem die Unternehmen ihre Gewinne nach Steuern um 28% steigern konnten! Bemerkenswert ist auch, dass in mehreren Jahren die Steigerung der Nettogewinne

## WENIGER UNTERNEHMENSSTEUERN = MEHR ARBEITSPLÄTZE?



noch über der der Bruttogewinne lag. In diesen Jahren gab es also Steuergeschenke an die Unternehmer, die deren Gewinne noch einmal zusätzlich vergrößerten. Ins Auge fällt auch hier das Jahr der Unternehmenssteuerreform von Hans Eichel: 2001 schlossen die Unternehmen mit Bruttogewinnen von lediglich 3,2% ab. Die Steuerreform machte daraus eine Steigerung der Nettogewinne von sagenhaften 12,1%. Angesichts dieser Zahlen verwundert es nicht mehr, dass die Vorstände von Allianz, Daimler-Chrysler, Deutscher Bank & Co. zu den größten Fürsprechern dieser Reform gehörten.

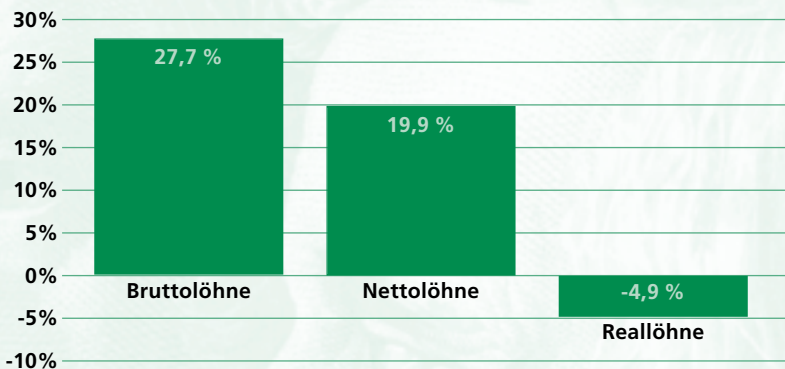
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können von Lohnsteigerungen in einer ähnlichen Größenordnung nur träumen: In den letzten Jahren lagen die Lohnerhöhungen für die abhängig Beschäftigten stellenweise unter zwei Prozent! Der reale Nettolohn ist von 1991 bis 2001 um fast fünf Prozent gesunken. Realer Nettolohn bedeutet, dass unter Berücksichtigung der Preisentwicklung und nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 2001 um 5 Prozent weniger Kaufkraft zur Verfügung hatten, als 10 Jahre zuvor.

Fast alle Wirtschaftsinstitute machen für die schlechte wirtschaftliche Lage in Deutschland, den Einbruch der Binnennachfrage verantwortlich. Es wird also zuwenig im Innland gekauft und nachgefragt. Wenn die ArbeitnehmerInnen mehr Geld in der Tasche hätten, würde sich das ändern. Dennoch verordnen die Unternehmerverbände und ihre Adlanten in Politik und Wirtschaftswissenschaft auch für die nächsten Tarifrunden die gleiche unwirksame und schädliche Medizin: Lohnzurückhaltung.

Wie der Rückgang bei den Reallöhnen und der Anstieg der Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren zusammenpassen, darüber schweigen sie sich aus ...

## Der wahre Einkommensfortschritt

Brutto-, Netto- und Realer Nettoverdienst (Veränderung 1991 - 2001)



Quelle: Statistisches Bundesamt (in isw-wirtschaftsinfo Nr. 33)

Die von den Unternehmen entrichteten direkten Steuern ergeben sich als die Differenz von Brutto- und Nettogewinnen.

Bis 1998 ist zwar ein leichter Anstieg zu verzeichnen; der Anstieg bei den Steuern bleibt jedoch weit hinter dem Anstieg der Bruttogewinne zurück. Während die Gewinne 1998 um rund 48% höher ausfielen als 1991, stiegen die dazugehörigen Steuereinnahmen des Staates im gleichen Zeitraum nur um etwa 22%! Die Bundestagswahl brachte dann eine Trendwende, die Steuerbelastung der Unternehmen stieg zunächst deutlich an. Von diesem richtigen Weg ließ sich die rot-grüne Bundesregierung jedoch schnell wieder abbringen. Im Jahr 2001 zahlten die Unternehmen nur noch 12,3 Mrd. EUR an direkten Steuern - gegenüber 1991 ein Rückgang von über 40%.

## WENIGER UNTERNEHMENSSTEUERN = MEHR ARBEITSPLÄTZE?

Setzt man jetzt die Steuereinnahmen zu den Bruttogewinnen ins Verhältnis, so ergibt sich die durchschnittliche Steuerbelastung der Unternehmensgewinne.

Mussten die Unternehmen 1980 noch rund ein Drittel ihrer erzielten Gewinne an den Staat abführen, waren dies 2001 nicht einmal mehr 4%.

Das ist eine der Hauptursachen der sich verfestigenden Massenarbeitslosigkeit.

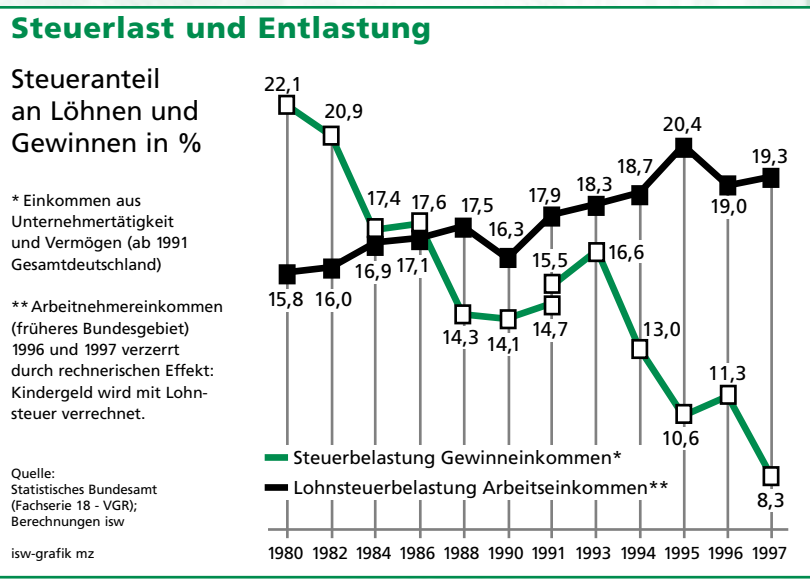
Die Aufgaben des Staates sind zwischen 1980 und 2001 nämlich nicht weniger geworden. Um diesen Aufgaben nachkommen zu können, musste die auf Senkung der Unternehmenssteuern ausgerichtete Politik diese Einnahmeausfälle kompensieren. Dies geschah zum einen durch massive Kürzungen bei sozialstaatlichen Leistungen und zum anderen durch eine deutlich gestiegene Steuer- und Abgabenbelastung der ArbeitnehmerInnen. Sprich: Was den Unternehmern geschenkt wurde, wurde den Normalverdienern gleichzeitig wegbesteuert. Die Bundesrepublik Deutschland wurde immer mehr zum „Lohnsteuerstaat“ mit einer Steuerinsel, auf der sich nur die Reichen sonnen können.

Das Gejammere über die viel zu hohen Unternehmenssteuern und die niedrigen Profite erweist sich bei genauerer Betrachtung also sehr schnell als verlogene Heuchelei. Fakt ist, dass trotz explodierender Gewinne die Arbeitslosigkeit unbeeindruckt weitergestiegen ist. Das neoliberale Credo ist gescheitert und von der Wirklichkeit blamiert. Ein „weiter so!“ darf es nicht länger geben.



# VERTEILUNG DER STEUERLAST IN DEUTSCHLAND

Der beispiellosen Entlastung von Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen standen unter Kohl und Co. ebenfalls beispiellose Erhöhungen der Massensteuern (z.B. Lohnsteuer, Mehrwertsteuer) gegenüber. Trugen die Massensteuern 1960 noch rund 38% zum gesamten Steueraufkommen bei, bildeten sie 1996 bereits fast dreiviertel der Steuereinnahmen! Für diese Politik steht auch der Kanzlerkandidat der Union Edmund Stoiber, der zurück will zu Kohls alten Rezepten.



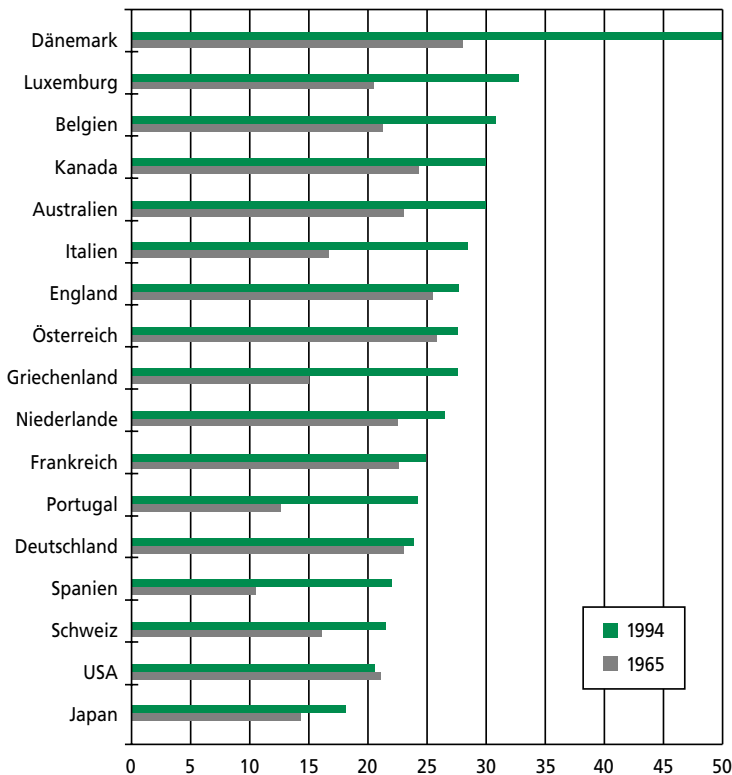
Allein der Anteil der Lohnsteuer am gesamten Steueraufkommen hat sich im genannten Zeitraum verdreifacht. Und das bei gegenüber 1960 nahezu unveränderter Bruttolohnquote! Die genau gegenteilige Entwicklung können wir bei den sog. Gewinnsteuern feststellen. Kamen 1960 z.B. noch 13,1% aus der veranlagten Einkommensteuer, so waren dies 1996

# VERTEILUNG DER STEUERLAST IN DEUTSCHLAND

nicht einmal mehr zwei Prozent. Insgesamt machten die Gewinnsteuern gerade mal noch 14,6% des gesamten Steueraufkommens aus. In deutlichen Schritten wurde den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern somit immer drastischer die alleinige Finanzierung des Staats- und Sozialwesens aufgebürdet. Die Unternehmen entzogen sich mehr und mehr ihrer gesellschaftlichen Verantwortung.

## Gesamtwirtschaftliche Steuerquote in ausgewählten Ländern

Steuereinnahmen in vH des nominalen BIP



Quelle: OECD 1996

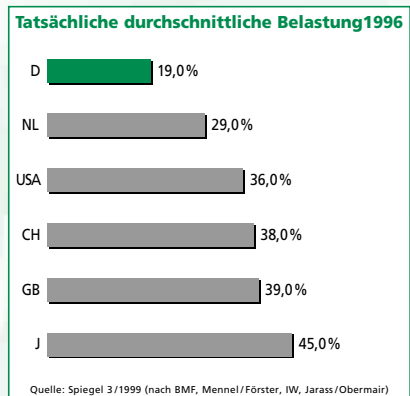
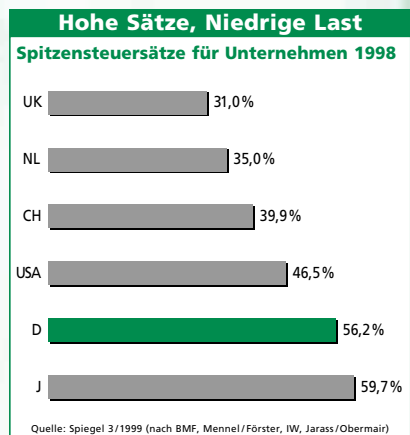
DIW 97

# STEUERBELASTUNG DER DEUTSCHEN UNTERNEHMEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

An dieser Stelle muss noch ein weiteres Argument der Unternehmer für Steuersenkungen überprüft werden. Gerne wird behauptet, im internationalen Vergleich sei die Steuerbelastung in Deutschland zu hoch, so dass Investitionen lieber im Ausland getätigt werden. In der Tat gehörte Deutschland zumindest was die Spitzensteuersätze für Unternehmer anbelangt zur Spitzengruppe der Industrieländer (siehe Grafik). Dies sieht jedoch gleich ganz anders aus, wenn man die durchschnittliche effektive Belastung betrachtet, d.h. den Steuersatz, der abzüglich von Steuervergünstigungen und -schlupflöchern tatsächlich gezahlt wird.

Hier rangierte Deutschland noch vor der Unternehmenssteuerreform 2001 weit hinter den gerne als Vorbildern genannten Ländern Großbritannien, USA oder den Niederlanden.

Auch die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) kommt beispielsweise zu dem Ergebnis, dass die Steuern auf Einkommen und Gewinne in vielen europäischen Ländern sowie in den USA und Kanada zum Teil erheblich höher sind als in Deutschland.



# VORSCHLAG FÜR EINE REFORM DER UNTERNEHMENSBESTEUERUNG

Unternehmen unterliegen je nach ihrer Rechtsform der Körperschaftsteuer (d.h. der Einkommensteuer der Kapitalgesellschaften - GmbH, AG) oder der Einkunftsart „Einkünfte aus dem Gewerbebetrieb“ bei der Einkommensteuer (Einzelunternehmen, Gesellschafter von Personengesellschaften - OHG, KG). Dazu kommen noch die unternehmerischen Einkünfte der freien Berufe und der Landwirte, die ebenfalls eigenen Einkunftsarten bei der Einkommensteuer zugeordnet werden. Je nach Steuer- und Einkunftsart gelten im bestehenden System sehr unterschiedliche Gewinnermittlungsvorschriften verbunden mit jeweils vielen Freibetragsvarianten. Klartext: Die Besteuerung der unternehmerischen Einkünfte ist im Moment höchst chaotisch und unübersichtlich.

Ziel einer Reform, die sich nach der tatsächlichen Leistungsfähig richtet, muss deshalb vor allem die gleichmäßige und ökonomisch sinnvolle Besteuerung aller unternehmerischen Einkünfte sein. Um dies zu erreichen, muss eine rechtsformneutralen Betriebssteuer eingeführt werden. Dies schlagen die bayerischen Jusos ebenso wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und prominente SPD-Bundestags- und Landtagsabgeordneten vor.

Der steuerliche Unternehmensgewinn wird in der Betriebssteuer mit einem einheitlichen Steuersatz, der deutlich unter dem Spitzensteuersatz der privaten Einkommensteuer liegt, belastet. Gewinnausschüttungen bzw. -entnahmen unterliegen der we-

sentlich schärferen Besteuerung durch den privaten Einkommensteuersatz. Wird nun die gezahlte Betriebssteuer bei der privaten Einkommensteuer angerechnet, unterliegen nur noch dem Unternehmen entzogene Gewinne der progressiven Besteuerung der privaten Einkommensteuer.

Mit der Umsetzung eines solchen Vorschlags würde die Unternehmensbesteuerung nach jahrzehntelangem Chaos endlich auf eine einheitliche und rechtsformunabhängige Basis gestellt. Im Unternehmen belassene Gewinne (Investitionen) wären steuerlich endlich besser gestellt, als aus dem Unternehmen entnommene Gewinne.





## Bruttolohnquote

Die Bruttolohnquote wird berechnet als Anteil der Summe aller Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen. Sie ist ein Maß für die Verteilung des in einem Jahr erwirtschafteten Einkommens zwischen Unternehmern/Vermögensbesitzern und lohnabhängig Beschäftigten. Um zu einer besseren Aussagekraft zu gelangen, wurde die strukturbereinigte Bruttolohnquote eingeführt. Hier soll der Einfluß, der sich aus einer Änderung der Beschäftigtenstruktur ergibt, herausgefiltert werden. Hierzu wird die Arbeitnehmerquote eines bestimmten Bezugsjahres über die gesamte Zeitreihe konstant gehalten.



## Einkommensteuer

Die Einkommensteuer ist eine direkte Steuer, die alle Einkommen von Privatpersonen belastet. Die wichtigsten Unterarten der Einkommenssteuer (die sich nach Art der Einkommen und der Art der Erhebung unterscheiden) sind Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, Zinsabschlag und Kapitalertragsteuer. Sie knüpft an der Leistungsfähigkeit der/des Steuerpflichtigen an, indem sie das Einkommen einer starken Steuerprogression unterwirft (d.h. mit steigendem Einkommen höhere Steuersätze ansetzt). Die Steuerprogression wird dabei jedoch vor allem im Bereich der veranlagten Einkommensteuer durch ausgedehnte und außerordentlich unübersichtliche Abschreibungsmöglichkeiten konterkariert. Die Einkommensteuer gehört zum großen Steuerverbund von Bund und Ländern und fällt (abzüglich eines Gemeindeanteils von 15%) je zur Hälfte dem Bund und der Ländergesamtheit zu.

Die Einkommensteuer ist mit einem Anteil von etwa einem Drittel (1997: 265,9 Mrd. DM) des Gesamtsteueraufkommens die bedeutendste Einnahmequelle der öffentlichen Haushalte.



## Einkommensteuer, veranlagte

Die veranlagte Einkommensteuer ist eine Erhebungsform der Einkommensteuer, bei der die Steuerschuld am Ende des Jahres vom Finanzamt festgesetzt wird. Sie ist vor allem die Einkommensteuer der Selbständigen und bietet die größten Möglichkeiten zur Steuervermeidung durch Abschreibungen.

Das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer ist in den Jahren 1991 bis 1997 von 41,5 auf 4,5 Mrd. DM gesunken, ihr Anteil am Gesamtsteueraufkommen liegt mittlerweile unter einem Prozent.



### Körperschaftsteuer

Die Körperschaftsteuer ist eine direkte Steuer, die den Gewinn (das Einkommen) juristischer Personen (vor allem Unternehmen) belastet. Auch für sie gilt, daß ihr Aufkommen durch die Ausweitung der Abschreibungsmöglichkeiten trotz einer deutlichen Steigerung der Unternehmensgewinne seit Jahren sinkt. Insbesondere Großunternehmen haben sehr effektive Strategien der Steuervermeidung entwickelt. Die Körperschaftsteuer gehört wie die Einkommensteuer zum großen Steuerverbund von Bund und Ländern und fällt je zur Hälfte dem Bund und der Ländergesamtheit zu.

1997 belief sich ihr Aufkommen auf 33,3 Mrd. DM und damit etwa 4% des Gesamtsteueraufkommens.



### Lohnsteuer

Die Lohnsteuer ist eine Erhebungsform der Einkommensteuer, bei der die Steuerschuld direkt vom Arbeitslohn abgezogen wird. Sie ist damit die Einkommensteuer der abhängig Beschäftigten. An ihr lässt sich ablesen, wie sich die Steuerbelastung abhängig Beschäftigter im Verhältnis zu der der Selbständigen (durch die veranlagte Einkommensteuer) und der Unternehmen (durch die Körperschaftsteuer) verändert hat.

Das Aufkommen der Lohnsteuer und ihr Anteil am Gesamtsteueraufkommen ist in den letzten beiden Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen, weshalb mensch auch von einem Marsch in den Lohnsteuerstaat spricht. Ihr Aufkommen betrug 1997 248,7 Mrd. DM und damit etwa 31% des Gesamtaufkommens.



### Mehrwertsteuer

Die Mehrwertsteuer (eigentlich Umsatzsteuer) ist eine Steuer, mit der private und öffentliche Verbrauch (d.h. vom Letztverbraucher erworbene Güter und in Anspruch genommene Dienstleistungen) belastet wird. Weil die Umsatzsteuer nicht beim Konsumenten selbst sondern über die Unternehmen erhoben wird, zählt sie zu den indirekten Steuern. Im Gegensatz zu Einkommen- oder Vermögensteuer knüpft sie nicht an der Leistungsfähigkeit der/des Steuerpflichtigen an, sondern belastet alle Konsumenten im Verhältnis ihrer Konsumausgaben. Sie trifft damit vor allem den Teil der Bevölkerung, bei dem der prozentuale Anteil des Konsums am Einkommen am höchsten ist, also die BezieherInnen kleiner und mittlerer Einkommen. Die Umsatzsteuer gehört wie die Einkommensteuer zum großen

Steuerverbund von Bund und Ländern, ihre Verteilung zwischen Bund und Ländergesamtheit (seit Wegfall der Gewerbesteuer sind auch die Gemeinden in geringem Umfang an der Umsatzsteuer beteiligt) wird jährlich neu bestimmt.

Die Bedeutung der Umsatzsteuer für die Finanzierung der öffentlichen Haushalte ist in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen, 1997 betrug ihr Aufkommen 240,9 Mrd. DM und damit etwa 30% des Gesamtsteueraufkommens.



### Vermögensteuer

Die Vermögensteuer ist eine direkte Steuer, mit der das Gesamtvermögen eines/einer Steuerpflichtigen belastet wird. Sie knüpft an die Leistungsfähigkeit der/des Steuerpflichtigen an, indem sie Vermögen ab einer bestimmten Höhe mit einem einheitlichen Steuersatz belastet. Um dem Aspekt der Leistungsfähigkeit gerecht zu werden, wurde verschiedentlich jedoch auch eine progressive Besteuerung vorgeschlagen (bei der die Höhe des Steuersatzes mit der Höhe des Vermögens steigt). Die Vermögensteuer fällt mit ihrem gesamten Ertrag den Ländern zu. Da der Gesetzgeber (in diesem Fall die CDU/CSU/FDP-Mehrheit im 13. Bundestag) sich weigerte, vom Verfassungsgericht eingeforderte Korrekturen an der steuerlichen Bewertung von Grundbesitz vorzunehmen, kann die Vermögensteuer seit 1997 nicht mehr erhoben werden.



### Volkseinkommen

Das Volkseinkommen ist ein Maß für das in einer Volkswirtschaft in einer Wirtschaftsperiode erwirtschaftete Einkommen. Es berechnet sich aus dem Bruttozialprodukt (zu Marktpreisen), von dem Abschreibungen und Verbrauchssteuern abgezogen und zu dem Subventionen addiert werden. Das Volkseinkommen zerfällt dann in die Bruttolohnsumme und in die Bruttogewinne.



.....

.....

.....

.....

Ich möchte mehr Informationen

zum Thema  
Verteilungsgerechtigkeit

über die Jusos

.....

.....  
Name

.....  
Postanschrift

.....

.....



Jusos in der SPD  
Landesverband Bayern

Oberanger 38 III

80331 München

# **Jusos in der SPD**

**WIR SORGEN DAFÜR,  
DASS AUS DEN WAHLVERSPRECHEN DER  
SPD KEINE WAHLVERSPRECHER WERDEN!**



**- SOZIALE GERECHTIGKEIT +**



**Wir sind bereit.**